

"DEMOCRACY RANKING"

Skandinavien am demokratischsten - Österreich auf Platz elf

16. Dezember 2011 12:41

Situation in Frankreich, Italien und Ungarn hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert

Wien - Die skandinavischen Länder Norwegen, Schweden und Finnland sind die demokratischsten Staaten der Welt. Verschlechtert hat sich die demokratische Situation in Europa dagegen in Italien, Frankreich, Ungarn und Lettland. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest die Wiener „Democracy Ranking Association“ in ihrem am Dienstag in Wien präsentierten "Democracy Ranking 2011". Österreich befindet sich wie im Vorjahr auf Platz elf.

Europa beherrscht eindeutig das Spitzenfeld des Demokratie-Rankings. Neun der zehn am weitesten entwickelten Demokratien liegen in Europa. Auf die drei skandinavischen Länder folgt die Schweiz und Dänemark. Neuseeland schafft es als einziges außereuropäisches Land unter die Top Ten und liegt auf Platz sechs. Es folgen Niederlande, Irland, Deutschland und Großbritannien. An dieser Reihenfolge hat sich im Vergleich zum Vorjahr nichts geändert.

Dagegen hat sich die Demokratiequalität laut der Studie in einigen anderen europäischen Ländern im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Deutlich zeigte sich im Untersuchungszeitraum 2009-2010 eine Verschlechterung in Frankreich (Platz 17), Italien (27), Ungarn (34) und Lettland (33). Eine leichte Verschlechterung gab es außerdem in Großbritannien (10), Schweden (2), Griechenland (32), Estland (23), Litauen (29) und Bulgarien (39). Erhöht hat sich der Demokratisierungsgrad innerhalb Europas vor allem in Serbien (Platz 50), das sich fast in allen Bereichen deutlich verbessern konnte, und Polen (28).

Österreich bleibt auf Platz 11

Österreich konnte den elften Platz wie bereits in den beiden Jahren zuvor halten. "Obwohl Österreich sich in der politischen Dimension bei den Indikatoren politische Rechte und Korruption verschlechtert hat, gab es in allen anderen Dimensionen Verbesserungen", erklärte Studienautor David Campbell bei der Präsentation am Dienstag. Das Ranking basiert auf den Indikatoren "Politik", welche die Hälfte der Beurteilung ausmacht, sowie den fünf gleichgewichteten Dimensionen "Gender", "Wirtschaft", "Wissen", "Gesundheit" und "Umwelt". Österreichs Stärken seien prinzipiell Politik, Wirtschaft und Gesundheit, Nachholbedarf - wenn auch auf hohem Niveau - habe Österreich dagegen bei Bildung und der Gleichstellung der Geschlechter.

Insgesamt hat sich die demokratische Situation im Untersuchungszeitraum weltweit gebessert, so das optimistische Urteil der Studienautoren. In 73 der 110 untersuchten Staaten haben sich die Demokratiewerte verbessert, in 37 wurde eine Verschlechterung festgestellt. Ein Anstieg der Demokratiequalität ist vor allem in Südamerika und Süd- und Südostasien zu verzeichnen. Uruguay und Chile liegen vor zahlreichen EU-Staaten auf den Plätzen 22 und 24. Fortschritte gab es auch in Paraguay, Costa Rica, Bangladesch, Pakistan, Thailand und Nepal. Das größte Demokratieplus weltweit ist bei Bangladesch (77) zu verzeichnen: „Bangladesch ist es gelungen, fast zu Indien aufzuschließen, weil es nicht nur wirtschaftlich wachsen, sondern in allen Bereichen Fortschritte erreichen konnte," so der Studienautor. Damit beweise das zu 89 Prozent von Muslimen bewohnte Land, dass wirkliche Demokratisierung auch in muslimischen Ländern möglich sei, erklärte Campbell weiter.

Stärkung der Demokratien

Die Rangliste wird auf Basis von Daten der US-Organisation "Freedom House" und des Human Development Index der UNO erstellt. Seit dem Jahr 2000 präsentiert der Verein zur Förderung von Demokratiequalität jährlich sein internationales Ranking. Die Rangliste soll nach dem Willen des Initiators des Democracy Ranking, Sandor Hasenöhrl, "Bemühungen um eine Stärkung der Demokratien" unterstützen. Den positiven Entwicklungen bei der Demokratisierung gilt demnach besondere Aufmerksamkeit der Organisation, die auch ein „Democracy Improvement Ranking 2011“ erstellt hat. Dabei werden die Zeiträume 2007-2008 und 2009-2010 verglichen.

China (101) und Russland (88), die eigentlich nicht als Demokratie eingestuft werden und nur zu Vergleichszwecken in das Ranking aufgenommen wurden, verzeichneten beide in den fünf nicht-politischen Dimensionen Verbesserungen und seien ein „Beispiel, wie man sozioökonomisch voranschreiten kann, ohne mehr Demokratie zuzulassen“, so Campbell.

Schlusslichter des Rankings sind die afrikanischen Länder Gambia (102), Nigeria (104), Niger (105), Togo (106) und die Zentralafrikanische Republik (108), sowie die ebenfalls zu Vergleichszwecken gerankten arabischen Länder Jemen (110), Libyen (109) und Syrien (107) sowie Ägypten (103). Wobei die Daten natürlich aus der Zeit vor Beginn des Arabischen Frühlings stammen. Bei Jemen und Syrien zeigte sich bereits 2010 eine Verschlechterung der demokratischen Lage, während sich in Ägypten das Klima vor Ausbruch der Revolution etwas verbessert hatte. (APA)

SITELINK



WER TEILT, WIRD REICH. WERDEI

Mit einer Patenschaft der Kindernothilfe sich Kind Ernährung, sauberes Wasser und Ausl Zukunft. Hier klicken und mehr erfahren!

© derStandard.at GmbH 2012 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.